

## **Nominierung zur Wahlkreiskandidatin - Rede**

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich heute als Wahlkreiskandidatin für die Bundestagswahl und bringe gleich auch noch ein sicheres Bundestagsmandat mit. Im Oktober haben mir die Delegierten auf dem Listenparteitag ihr Vertrauen geschenkt und mich auf den sicheren Listenplatz 5 gewählt.

Über die Listenwahl wurde viel geschrieben – vor allem, über den angeblichen Linksruck. Ich – als Linke bei den baden-württembergischen Grünen sehe das anders. Die Delegierten in Schwäbisch Gmünd haben einfach nur selbstbewusst und eigenständig ihre KandidatInnen gewählt.

Sie haben diejenigen belohnt, die engagiert und gradlinig ihre Politik vertreten und denen die Nähe zur Basis wichtig ist.

Vor allem aber standen politische Themen und inhaltliches Profil im Vordergrund. Beispielsweise wurden diejenigen abgestraft, die der Afghanistan-Politik der Bundesregierung nicht die rote Karte gezeigt haben. Meine Position dabei ist eindeutig: Ich stehe für ein Ausstiegsszenario in Afghanistan, wie wir GRÜNEN es in Göttingen beim Sonderparteitag beschlossen haben.

Zudem standen neben der Ökologie insbesondere auch soziale Themen im Vordergrund und an dieser Stelle konnte ich natürlich auch punkten. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind meine Kernthemen - dafür setze ich mich seit Jahren leidenschaftlich nicht nur im Landesvorstand ein.

Der Einsatz hat sich gelohnt. Heute ist die Kritik an Hartz IV Konsens in unserer Partei und große Teile meiner Arbeitsmarktprogrammatische sind grüne Beschlusslage. Mit dem grünen Grundeinkommen konnte ich – zusammen mit Thomas Poreski – mit dem baden-württembergischen Beschluss und auch beim Bundesparteitag in Nürnberg Akzente setzen.

All dies haben die Delegierten honoriert und Reutlingen bekommt ein Bundestagsmandat.

Das war der Blick zurück – der Blick nach vorne aber ist viel wichtiger.

Der Bundestagswahlkampf wird spannend. Und natürlich werden die Finanzkrise und die aufziehende Wirtschaftskrise im Mittelpunkt stehen und den Wahlkampf dominieren. Und ich gehe davon aus, dass die Menschen die Konzepte der Parteien mit anderen Augen prüfen, als noch vor wenigen Wochen.

Die Menschen sind verunsichert, die Angst in unserer Gesellschaft wird größer – die Arbeitslosigkeit steigt. Und nicht wenige Menschen sind wütend und verärgert,

denn viele Jahre lang wurden Profite privatisiert – die Verluste aber werden heute sozialisiert.

All diejenigen, die bislang mit „Deregulierung“ und „Privatisierung“ einem freien Markt das Wort geredet haben, rudern heute zurück. Sogar CDU und FDP sind neuerdings für einen starken Staat.

Die Bundesregierung macht sich auf den Weg die Banken und die angeschlagene Wirtschaft zu retten – insbesondere die verschlafene Automobilindustrie und will gleichzeitig aber auch die Steuern senken.

Es wundert also nicht, dass die neuste Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung zeigt, dass sich aus diesem Grund die Wirkungen des Konjunkturpakets gegenseitig wieder aufheben werden. Gefährdet ist damit der wichtigste Teil des Konjunkturpakets - nämlich die Investitionen in die kommunale Infrastruktur.

In diese Auseinandersetzung gehe ich selbstbewusst. Wir GRÜNEN müssen uns nämlich nicht verbiegen – unsere Programmatik war vor der Finanzkrise schon richtig und sie ist auch der richtige Weg in der Wirtschaftskrise.

Und auch ich kann als Bundestagskandidatin mit den Themen in den Wahlkampf ziehen, mit denen ich schon bekannt bin – nämlich Klima, Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich werde konkreter. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist Flickwerk ohne Profil und Richtung – es wird wenig bewirken - es ist klimaschädlich und unsozial.

Auch wir GRÜNEN sagen, natürlich müssen wir jetzt investieren, um die Wirtschaftskrise zu mildern. Wir wollen aber in die Zukunft investieren und nicht das Alte subventionieren.

Wenn die Schulden schon enorm ansteigen und sich damit die Gestaltungsspielräume in der Zukunft beängstigend einengen, dann müssen diese Investitionen zumindest Gewinn bringend sein für die nachkommenden Generationen.

Vor allem aber belastet uns derzeit nicht nur die Wirtschaftskrise, sondern auch der Klimawandel und die ansteigende Armut in unserer Gesellschaft. Von daher müssen Wirtschaftskrise, Klimawandel und Armut zusammen gedacht werden. Konjunkturpolitik darf nicht zum Selbstzweck werden.

Ich beginne mit dem Klimaschutz: Mit dem geplanten Konjunkturprogramm zeigen sich die Versprechungen der selbsternannten Klimaschutzkanzlerin als das, was sie

sind, nämlich reine Lippenbekenntnisse und auch die werden jetzt im Altpapier entsorgt.

Jetzt soll auch der Porsche Cayenne eine Kfz-Steuerbefreiung bekommen. Das Signal ist eindeutig - der Verbrauch spielt keine Rolle. Die Abwrackprämie für Altfahrzeuge als „Umweltprämie“ auszugeben ist dreist. Es gibt keine Vorgaben für CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Kauf von Neuwagen – es entsteht somit keine umweltpolitische Lenkungswirkung. Weder die erneuerbaren Energien werden gefördert noch die Schienennetze saniert.

Das alles ist der falsche Weg. Der Klimaschutz darf eben nicht in den Hintergrund gedrängt werden – im Gegenteil: Mit Investitionen in den Klimaschutz können die Auftragsbücher der Wirtschaft nachhaltig gestärkt und ebenso die Kommunen entlastet werden, damit sie ihre Hausaufgaben in Sachen Klimaschutz bewältigen können.

Unsere grünen Ziele sind:

Nach der Krise haben wir viele sanierte Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten mit geringem Energieverbrauch.

Nach der Krise fahren neue, schicke, Sprit sparende Autos auf unseren Straßen.

Und nach der Krise haben wir einen besseren ÖPNV.

In diesem Sinne muss der Klimaschutz jetzt in der Wirtschaftskrise im Mittelpunkt stehen und vor allem als Chance angesehen werden!

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Bundestagswahlkampf werde ich aber noch einen weiteren politischen Streit engagiert führen. Die Energiekonzerne sitzen der Koalition in beiden Ohren. Ins rote Ohr wird etwas von einer Stromlücke ohne den Neubau von Kohlekraftwerken geblasen – ins schwarze Ohr die Klimaschutzfunktion der billigen Atomkraft. Alles zusammen ist natürlich Quatsch.

Die großen Energieversorger reden die Möglichkeiten der Erneuerbaren Energien noch immer klein und ignorieren die Wachstumsraten. Wir GRÜNEN müssen weiterhin penetrant dafür kämpfen, dass 40% CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2020 ohne Neubau von Kohlekraftwerken und ohne Verlängerung des Atomausstiegs machbar sind. Entscheidend sind die politischen Rahmenbedingungen.

Beispielsweise kann es nicht sein, dass Kohlekraftwerke überall gebaut werden können, nur weil das Bundesimmissionsschutzgesetz weder Wirkungsgrade noch CO<sub>2</sub>-Emissionen kennt. Denn genau daran sind die GRÜNEN in Hamburg gescheitert.

Vor allem aber ist der Atomausstieg für mich nicht verhandelbar. Atomkraft ist für nichts die Lösung außer für die Profitmaximierung der Energiekonzerne.

Und da Herr Oettinger bei der Grundsteinlegung des Kohlekraftwerkes in Karlsruhe gesagt hat, dass alles in Baden-Württemberg bleiben soll – und zwar neben den Kohlekraftwerken auch die Atomkraftwerke, dann würde ich ihn doch zu gerne mal fragen, ob dies auch für den Atommüll gilt. Denn nach dem Endlager-Desaster im Salzbergwerk Asse stehen wir bei der Endlager-Suche am Punkt Null.

Die Wahrheit ist und bleibt: Atomkraft ist unverantwortlich. Und wahr ist auch, es gibt nur eine Partei als Garant für den Atomausstieg: Uns, die GRÜNEN.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich komme zum Thema Arbeit. Euch muss ich es nicht sagen – Investitionen in den Klimaschutz schaffen neue und vor allem zukunftsfähige Arbeitsplätze. Dennoch werde ich auch im Wahlkampf ehrlich bleiben und keine Vollbeschäftigung versprechen. Rationalisierungen und Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland sind Realität.

Fakt ist nämlich nicht nur der Klimawandel, sondern ebenso der Wandel der sozialen Marktwirtschaft. Immer weniger steht der Mensch im Mittelpunkt. In der Konsequenz setze ich beim Thema „Arbeit“ insbesondere auf Bildung. Einfacharbeitsplätze gibt es nämlich kaum noch, gesucht werden aber Fachkräfte.

Deswegen ist es richtig, dass wir gerade jetzt in der Wirtschaftskrise auf Investitionen in die Bildung setzen. Stichworte sind: qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote, flächendeckende Ganztagschulen, bessere Ausbildungsangebote und den Ausbau der Studienplatzkapazitäten.

Beim Thema „Arbeit“ geht es mir aber vor allem auch um die Arbeitsmarktpolitik. Ihr wisst, von Anfang an habe ich die Umsetzung von Hartz IV kritisiert. Und heute wundert es mich nicht, dass das gesellschaftliche Klima ist kühl geworden ist.

Sind Menschen länger arbeitslos, werden sie übergeleitet an die Job-Agenturen und Fallmanager, die zwar viel fordern, aber letztendlich nicht fördern können, weil es die Jobs für die Menschen zum Teil gar nicht gibt. Vor diesem Hintergrund sind Sanktionen für mich noch immer blanker Zynismus. Nicht Sanktionen bringen die Menschen in Arbeit, sondern nur das Aufzeigen von Perspektiven.

Und auch aktuell in der Wirtschaftskrise zeigt sich Minister Scholz überfordert. Schon im Monat 1 der Krise am Arbeitsmarkt haben wir wieder 3,5 Mill. Arbeitslose und 400.000 Anmeldungen für Kurzarbeit. Wer Milliarden Euro in die Bankenrettung steckt, aber für den Arbeitsmarkt nur einen Bruchteil dieser Summe investiert, erschüttert das Vertrauen in den Sozialstaat, verschlechtert die Lage der Betroffenen und verschärft die Krise.

Eine effektive Arbeitsförderung ist endlich notwendig. Sie ist möglich und auch bezahlbar. Das das zeigen mir meine beruflichen Erfahrungen, wenn man sie politisch nur will.

In diesem Sinne habe ich Forderungen im Wahlkampf und natürlich auch danach im Bundestag:

1. Wir brauchen keine arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die einengen, sondern Freiheit und Gestaltungsspielräume. Denn Qualifizierungsangebote müssen zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt.
2. Schon lange fordere ich eine echte geförderte Beschäftigung und zwar unbefristet und sozialversicherungspflichtig. 1-Euro-Jobs kosten viel Geld und bewirken wenig.
3. Für Frauen brauchen wir endlich eine geschlechtssensible Arbeitsförderung.
4. Kurzfristige Angebote für junge erwerbslose Menschen sind volkswirtschaftlicher Unsinn. Die Agentur für Arbeit muss bei jungen Menschen ausschließlich in Ausbildung investieren. Viel zu viele junge Menschen – insbesondere MigrantInnen – bleiben ohne Ausbildung. Sie sind die Langzeitarbeitslosen von morgen. Als Bundestagsabgeordnete möchte ich ein besonderes Anliegen angehen - ein Jugendfördergesetz, verbunden mit einem Recht auf Ausbildung.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich sagte es am Anfang - Klima, Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind meine Themen im Wahlkampf - nach Klima und Arbeit komme ich nun zum Thema soziale Gerechtigkeit.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist unter der großen Koalition noch weiter auseinander gegangen. Arbeitslosigkeit, geringe Löhne, Angst und Unsicherheit sind Realität. Steigende Energiepreise verstärken den Trend wachsender Armut. Das Thema „Energiearmut“ ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Mittelschicht schrumpft. Und jetzt kommt auch noch die Wirtschaftskrise.

Mit dem geplanten Konjunkturprogramm aber bedient die Bundesregierung überwiegend die Interessen von Großindustrie, Banken und Gutverdienenden. Die Steuererleichterungen betreffen nur 50 Prozent der Haushalte – die andere Hälfte geht leer aus. Mit 18 Mrd. wird die Commerzbank gerettet. Für Schulen bleiben grad mal 6,5 Mrd. und die Erwerbslosen gehen fast leer aus.

Der großen Koalition ist schlichtweg der soziale Kompass ausgefallen.

Aber gerade in der Wirtschaftskrise müssen wir vor allem in die soziale Gerechtigkeit investieren, damit die soziale Schieflage in Deutschland nicht noch bedrohlicher wird. Wichtig ist mir dabei, dass steigende Armut nicht zu dem alten

Reflex führt, dass immer noch mehr Menschen Zuschüsse beantragen müssen. Denn nichts fördert verdeckte Armut stärker.

Ihr wisst es, dass ich perspektivisch ein grünes Grundeinkommen als die beste Lösung ansehe. Wir müssen Antworten finden, die alle Menschen erreichen und alle Menschen gleich behandeln – unbürokratisch, auf gleicher Augenhöhe und ohne Stigmatisierung.

Dennoch wurde bei der BDK eine Grundsicherung in Höhe von 420 € beschlossen. Und genau dies fordern wir zu Recht jetzt auch in der Wirtschaftskrise. Mit der Erhöhung des Arbeitslosengelds II aber wird nicht nur ein Stück weit soziale Gerechtigkeit wieder hergestellt – es ist auch wirtschaftlich sinnvoll.

Denn während Menschen mit wenig Geld jeden zusätzlichen Euro tatsächlich ausgeben und die Binnennachfrage ankurbeln, sparen Besserverdienende einen deutlich größeren Teil ihres Geldes.

Wir fordern zusätzlich Mindestlöhne. Das reicht aber nicht. Wir brauchen zusätzlich eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut und ebenso eine Grundrente gegen Altersarmut. Der Sozialstaat ist für mich keine Gefühlsduselei, sondern die klare und nüchterne Pflicht, all denen zu helfen, die heute in Not sind.

In diesem Zusammenhang steht für mich auch unsere grüne Idee der Bürgerversicherung im Mittelpunkt. Stärkere haben zur gesellschaftlichen Solidarität mehr beizutragen als Schwächere, dann funktioniert auch die Finanzierung.

Wenn ich dann im Bundestag bin, werde ich alles Mögliche in Bewegung setzen, damit die Bundestagsfraktion unter dem Eindruck der Banken- und Wirtschaftskrise nochmals ihre Haltung zum Grundeinkommen überdenkt. Denn wenn die Instabilität der Finanzmärkte solche Umstürze im politischen Handeln bewirkt, dann muss auch die Instabilität in der Gesellschaft zu mutigen neuen Ansätze führen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich komme langsam zum Schluss. Nach der Wahl bei meiner Arbeit im Bundestag werde ich nicht im Raumschiff Berlin abtauchen, sondern als Bundestagsabgeordnete auch weiterhin im Kreisverband und im Landkreis aktiv und engagiert präsent sein. Ich möchte hier vor Ort – zusammen mit euch – die Chancen des Bundestagsmandats nutzen und unsere GRÜNE Politik, insbesondere auch die Kommunalpolitik, stärken.

Für mich muss grüne Politik in der Basis verankert sein und von ihr getragen werden. Als Abgeordnete ist es meine Aufgabe, eure Ideen und Gedanken aufzunehmen und diese in meine parlamentarische Arbeit einzubeziehen.

Zuerst aber müssen wir GRÜNEN glaubwürdig und mit mutigen politischen Forderungen und Konzepten in den Bundestagswahlkampf ziehen – ohne den Blick auf mögliche Koalitionen zu richten. Wir können selbstbewusst mit unseren Themen „Klima, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ den Wahlkampf im Zeichen der Wirtschaftskrise bestreiten.

Und ich kann euch versichern, dass ich hoch motiviert und engagiert den Wahlkampf führen werde. Ich möchte zeigen, dass wir GRÜNEN eine Partei sind, die mit viel Herz und Kompetenz die Menschen und ihre Anliegen ernst nimmt – nicht nur in der Ökologie, sondern insbesondere auch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Und nach der Wahl werde ich mit eurer Unterstützung eine unverwechselbare und frische, kritische, GRÜNE Politik in Reutlingen und Berlin vertreten.

Und dafür bitte ich euch um euer Vertrauen.

Es gilt das gesprochene Wort.  
Beate Müller-Gemmeke